

Sattler-Zeitung

Nr. 9.

Berlin, den 24. April 1908.

22. Jahrg.

Erscheint alle 14 Tage Freitags.
Bezugspreis: Durch die Post bezogen pro
Vierteljahr 60 Pfennig.

Verlag und Redaktion:
Peter Blum, Berlin SO., Adalbertstraße 58.
Telephon: Amt IV, 2120.

Inserate die 3 gespaltene Petit-Zeile 30 Pfg.
bei Wiederholungen bedeutende Ermäßigung.

Maiensaat.

Das ist der Tag, den wir begehen
Als uns'ren Fest- und feiertag,
An dem die Räder stille stehen,
An dem verstummt der Hämmer Schlag!
An dem wir, unser Werk zu krönen,
Erneuern uns'ren Bruderbund, —
Und unsichtbare Glocken dröhnen
Durch alle Welt mit eh'rnem Mund!

Das ist der Tag, wo tausend Kräfte
Sich regen rings in Wald und flur,
Wo gärend brauen frühlingsäfte
In jeder Faser der Natur . . .
Der Tag, an dem ein neues Werden
Durch alle Lebensadern rinnt,
Und um das Brautgesicht der Erden
Die Hoffnung ihre Schleier spinnt.

Ein Sämann geht dann durch die Lande . . .
Kaum ist die Sonne noch erwacht,
Und westlich fern am Himmelsrande
Verdämmt grau und fahl die Nacht.
Im Osten aber hebt der Morgen
Sein Sonnenhaupt. — Und Amselschlag,
Im Busch und Strauchgestrüpp verborgen,
Begrüßt den ersten Maientag.

Schon färben goldgelb sich die Spizen
Der Birken an der Wiese Rain, —
Durch des Gesteines engste Ritzen
Dringt heller, wärmer Sonnenschein, —
Ein Käferpaar hat dort erklommen
Den Grashalm an des Grabens Rand, —
Und fern, im Morgendunst verschwommen,
Der Sämann schreitet durch das Land . . .

Der Sämann schreitet unverdrossen
Von Land zu Land, von Feld zu Feld, —
Er hofft, daß endlich werde sprossen
Sein Samenkorn in aller Welt.

Er hofft, daß seine Mühe werde
Von einem Erntetag gekrönt,
Der alles Leid stillt auf der Erde,
Und für erlitt'ne Qual versöhnt . . .

Ein Sämann schreitet durch die Lande
An jedem ersten Maientag;
Er kommt im ruh'gen Werkgewande
Dorthin, wo dröhnt der Hämmer Schlag,
Die harte Hand streicht durch die Locken,
Die wir ihm fallen ins Gesicht, —
Indes die ersten Blütenflocken
Der Maiwind von den Zweigen bricht . . .

Der Sämann in dem Werkgewande,
Mit seinem Blick so stolz und frei,
Die Arbeit ist's, die durch die Lande
Die Wallfahrt nimmt am ersten Mai!
Die Arbeit ist's, die ihre Saaten
Ins Reich der Zukunft senkt, —
Die keine Grenzen kennt und Staaten,
Von Volk zu Volk die Schritte lenkt.

Das Saatkorn ist der Glaube
An uns'ren Sieg und uns're Kraft.
Und spricht die Saat, hebt keine taube
Und leere Aehre ihren Schaft!
Soviele Halme, soviel reife,
Fruchtschwere Aehren har'n der Mahd,
Daß sie die Sense niederstreife . . .
So sei die Ernte uns'rer Saat!

Das ist der Tag, den wir begehen
Als uns'ren Fest- und feiertag:
Ein Sämann schreitet aus, zu säen, —
Und fröhlich wird's in flur und Hag!
Das ist der Tag, von dem wir wissen,
Daß er uns einst macht froh und frei!
Wenn alle Ketten sind zerrissen,
Ist reif die Saat vom ersten Mai!

Endwig Erfien.

Inhalt: Wachenaal. Dreiklassigen Die Gewerkschaften und die preussischen Landtagswahlen. 1808-1908 (Schluß) — Zur Verschmelzungstrage. — Der Sattlerberuf in gesundheitlicher Beziehung. — Zirkels und Lohnbewegungen — Mundschau — Korrespondenzen. — Beschlüsse der Hauptverwaltung, der Gaus Breslau und Göm. — Sterbetafel. — Büchertisch. — Adressen-Veränderungen. — Anzeigen.

Achtung! Kollegen! Achtung!
Die Kollegen werden in ihrem eigenen Interesse ersucht, bei Arbeitsannahme in anderen Städten sich zuvor bei der dortigen Ortsverwaltung zu erkundigen.

Bis heute sind beim Zentralvorstand folgende Lohnbewegungen angemeldet:

Geschirrfattler:
Bromberg, Frankfurt a. M., Königsberg und Wiesbaden.

Waggon- und Wagenfattler:
Potsdam, Dresden und Frankfurt a. M.

Reiseeffektensattler:
In Berlin und Offenbach die Tischner. Bei den Koffermachern in Berlin scheint der Kampf unvermeidlich. Der Bezug ist jetzt schon fernzuhalten.

Treibriemensattler:
Hofstadt i. M.

Im Ausstand stehen:
In Lauterbach im Erzgebirge die Koffermacher; in Mannheim die Geschirrfattler. Bezug ist fernzuhalten.

Ausland.
Skandinavien.
In Skandinavien stehen die Sattler in Kristiania, Bergen und Drammen im Streik. Arbeitsangebote sind zurückzuweisen.

Oesterreich-Ungarn.
Karlsbad. Die Werkstatt Hofmann ist streng zu meiden. —
Deegleichen ist Klagenfurt streng zu meiden. — Die Grazer Kiemer stehen in einer Lohnbewegung.

1808—1908.

(Schluß.)

Gerade Steins Beteiligung an der Erhebungsbewegung lieferte den Anlaß zu seinem Sturz. In einem Schreiben an den Fürsten Wittgenstein hatte Stein auch auf die Vorbereitungen zu der Erhebung hingewiesen; der Brief wurde von den Franzosen aufgefangen und gab Napoleon Veranlassung zu heftigen Vorstellungen gegen Stein. Bereits Ende September bietet deshalb Stein seine Entlassung an. Der König läßt ihn unter der Bedingung im Amt, daß Stein sich nicht mehr mit auswärtigen Angelegenheiten besuche. — Stein unterwarf sich um wenigstens die Städteordnung noch unter Dach und Fach zu bringen. Am 18. November 1808 bestätigte der König die Städteordnung und am 24. November schied Stein aus dem Dienst. Ueber seine Entlassung ist viel geschrieben worden; den berufsmäßigen „Veredlern“ der preussischen Geschichte wäre es am liebsten, wenn sie es so darstellten könnten, als sei Stein, ein Opfer eigener Unvorsichtigkeit, durch die Franzosen beseitigt worden. Nur schrieb allerdings Napoleon an Soult am 10. September 1808: „Ich habe verlangt, daß er fortgesetzt werde — ohne dem werde der König nicht in seine Hauptstadt zurückkehren“ — das bezog sich aber auf einen geübten Artikel im Vertrag vom 8. September 1808, wonach der König von Preußen alle Untertanen der im Tilsiter Frieden abgetretenen Provinzen betraffend abgeben mußte; — Napoleon hielt Stein für einen wesentlichen Direkte Förderungen haben die Franzosen nicht gestellt. Gneisenau schreibt am 24. November 1808 an Götzen: „Alles nur mündliche Aeußerungen, durchaus nichts Schriftliches, noch weniger etwas vom französischen Kaiser selbst.“

Dagegen versicherte der Jar Alexander, der von 20. bis 24. Oktober in Königsberg weilte, Napoleon

Die Gewerkschaften und die preussischen Landtagswahlen.

Am 3. Juni dieses Jahres finden in Preußen die Wahlen und am 16. Juni die Abgeordnetenwahlen für den Landtag statt. Diese Wahlen sollen zum ersten Male dem arbeitenden Volk Preußens die Tore des Dreiklassenparlaments öffnen. Sie sollen den Vertretern des Volkes Sitz und Stimme im Landtag verschaffen, nicht bloß um mitzuwirken in preussischen Angelegenheiten, sondern auch um den Protest gegen das Dreiklassenwahlrecht hineinzutragen in das Haus der Abgeordneten. Die Tribüne des Landtages soll zum Tribunal des preussischen Wahlrechts werden.

Was recht die deutschen Gewerkschaften dieser Wahlkampf an? Was haben sie von diesem Wahlausfall zu erwarten? Die Gewerkschaften sind keine politischen Wahlvereine, sondern Organisationen zur Verbesserung der wirtschaftlichen Lage ihrer Mitglieder. Sie müssen für bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen kämpfen, können sich aber nicht in die politischen Wahlkämpfe einmischen. Trotzdem kann ihnen der Ausgang solcher Wahlkämpfe nicht gleichgültig sein, denn die gesetzgebenden Körperschaften beschließen über die Rechtsnormen, die die Arbeitsbedingungen regelt oder privater Regelung entziehen, oder welche die wirtschaftlichen Kämpfe und die Formen der Vertragsabschlüsse berühren. Sie entscheiden über das Maß der Durchführung solcher Gesetze und über die Behörden und Instanzen ihrer Durchführung und Überwachung. Und die Gewerkschaften haben schon oft begründeten Anlaß gehabt, gegen Aktionen der Gesetzgebung anzukämpfen, die ihre vitalsten Lebensinteressen zu schädigen drohten. Aber die Gewerkschaften brauchen Gesetze zur Sicherung dessen, was sie errungen haben; sie erwarten von der Gesetzgebung, daß sie die Arbeiter schützt. Sie müssen daher den Arbeiten der gesetzgebenden Körperschaften fortgesetzt ihr Augenmerk zuwenden, ihnen Material über soziale Zustände und nachteilige Erscheinungen übermitteln und Reformen fordern, zugleich aber auch die Operationen der Gegner überwachen und rechtzeitig die geeigneten Abwehrmaßnahmen ergreifen. Als Objekte der Gesetzgebung können sie nicht gleichgültig zur Seite stehen, wollen sie nicht Opfer der Gesetz-

gebung werden. Wer nicht Ambos sein will, muß Sammer werden!

verlange Steins Enttarnung nicht. Schön erzählt in seiner Selbstbiographie: „Der russische Kaiser brachte die Nachricht, daß Napoleon erklärt habe, Stein könne in unseren Diensten bleiben, wenn er nur nichts mit dem auswärtigen Departement zu tun habe; er (Stein) löste am besten dafür sorgen, daß die preussische Kriegskontribution richtig bezahlt würde.“

Wie im einzelnen der Sturz Steins herbeigeführt wurde, läßt sich nicht sicher feststellen; daß es dabei an elenden Nachlässigkeiten nicht gefehlt hat, geht aus folgendem hervor: Professor Stern, dessen Buch „Abhandlungen und Anekdoten zur Geschichte der preussischen Reformzeit“ wir mehrere entnommen haben, erzählt, daß ihm die jegliche Eigentümlichkeit des Tagebuchs, die Oberhofmeisterin v. Hof, brieflich habe wissen lassen, Frau v. Hof, in deren gedrucktem Tagebuch man vergeblich sucht, habe über die Entlassung des Freiherrn v. Stein sehr viel gesagt — was sich jedoch nicht zur Veröffentlichung eignet.“ Sicher ist, daß sich die patriotischen Gegner Steins mit den Franzosen zu seinem Sturze verbanden. So schreibt Gneisenau im November an Götzen: „Unsere Gegner fangen an zu fliehen. Man hat sich hier mit den Feinden des Ministers v. Stein in Berlin affiliiert und die Franzosen dafür zu interessieren gewußt, daß sie auf die Entfernung dieses Ministers drängen.“ Und Stagemann meint, „die französischen Behörden in Berlin würden sich weniger heftig äußern, wenn sie nicht von den Berliner Hebel- und Schwachgehirnen dazu veranlaßt und aufgereizt würden.“ An der Spitze dieser heiligen Herren steht, wie gewöhnlich, der Fürst Dabfeld, der das Heil des preussischen Staates nur in einer Premierministerkammer des Herrn v. Hof und (wie die ganze in diesem Punkte vereinigte Partei) in der Zerstörung der heillosen Prinzipien findet, die uns von dem Halben haben entzogen sollen.“ Die gewaltigen Rabalen, die gestiftet wurden, um Stein zu entfernen (ein Ausdruck Schanzpforts vom 26. Oktober 1808) fanden bei Hofe einen

günstigen Boden. Der schwache, dabei eigenfremde und streng auf seine Würde haltende König war ja Stein nie geneigt gewesen. In den ersten Monaten seiner zweiten Ministerkammer war ihm Stein, durch seinen ersten Sturz belehrt, in energischer Weise gegenübergetreten, an stürmischen Auftritten hatte er nicht gefehlt. — Im Dezember 1807 schrieb Stein an Hardenberg: „Der König beweist mir bisher Vertrauen und ich kann mich nur freuen wegen der Art, mit der er sich fürdet.“ Stein Wunder, daß Friedrich Wilhelm III. nicht allzustark an Stein hielt; wenn nun noch „für die von der Partei der Hochkonservativen ausgegebene Parole, daß Stein ein guter Minister des Volkes, nicht des Königs sei, in den Hofkreisen Propaganda gemacht werde“, so mußte des Königs Entschluß feststehen. Dazu kam, daß die Königin Luise Stein fallen ließ; sie, die ihn bei seiner Rückkehr in das Ministerium den großen Meister genannt hatte, der alles beleben konnte und werde, da Talent und Wille, Kraft und Energie besaßen sei; sie, die ihn schon im Mai 1808 brieflich vor einer niedrigen Skabale gewarnt hatte, die Schritt für Schritt gegen ihn anziehe; sie, die noch im Oktober 1808 an den Kaiser Alexander schrieb: „Es scheint, daß Napoleon uns den Freiherrn v. Stein lassen und nicht seine Entfernung fordern wird, ein Umstand, der uns Trost und Sicherheit gibt; erhalten Sie ihn uns!“ — die Königin Luise ließ Stein fallen. Der Vorgang ist so charakteristisch für die Art und Weise, wie auch am preussischen Hofe das Schicksal großer Männer entschieden wird — er dient so vortrefflich dazu, das fast göttliche Bild, das man dem Volke von der Königin Luise macht, ein wenig menschlicher zu gestalten, daß wir ihn hier mit den Worten Lehmanns wiedergeben wollen: „Bleiblich aber erstehen das Band zwischen den beiden (Königin und Minister) zerrissen. Stein versteht, daß die Königin fällt, zweideutig und zurückhaltend gegen ihn geworden sei... Was war geschehen? Die Entfremdung begann, als der Jar auf seiner Rückreise

„Was aber von der Gesetzgebung im allgemeinen gilt, gilt von den Landtagen nicht minder wie vom Reichstage. Vor allem darf der preussische Landtag in seiner Bedeutung nicht unterschätzt werden. Obwohl der größte Teil der Arbeitsgesetzgebung (Arbeitsvertragsrecht, Arbeiterrecht, Arbeiterversicherung) im Wege des Reichsrechts geregelt, sind auch heute noch wichtige Gebiete seiner Zuständigkeit entzogen. Das Bergrecht und damit zugleich das Bergarbeiterrecht wird zurzeit noch landesgesetzlich geregelt, was die Bergarbeiter zu ihrem Schaden im Jahre 1905 erfahren mußten. „Wenn es sich um eine Frage im Reichstage handelte, so würde diese Sache dort ganz anders behandelt werden als im preussischen Abgeordnetenhaus oder Herrenhaus.“ erklärte Herr Veumier am 7. Februar 1906 im Verein deutscher Maschinenbauanstalten, als er seiner Genehmigung darüber Ausdruck gab, daß die Bestimmungen des preussischen Bergarbeitergesetzes so gemächlich ausgefallen seien. — Zuständig ist ferner die Landesgesetzgebung für den größten Teil des Bauarbeiterrechtes, der dafür denn auch so rüstständig als irgend möglich ist. Auch das Eisenbahnerrecht, das Recht der Land- und Forstarbeiter und der in häuslichen Diensten Beschäftigten ist von der Landesgesetzgebung abhängig. Gegen 700 000 Bergarbeiter, mehr als 1 1/2 Millionen Bauarbeiter, gegen 1/2 Million Eisenbahngesetzte und Arbeiter und 11 Millionen Land- und Forstarbeiter (nach der landwirtschaftlichen Unfallversicherung) sind im Reiche von der Reichsgesetzgebung ausgeschlossen und auf den Weg des Landesrechts verwiesen. Und der weitaus größte Teil dieser Arbeiter entfällt auf Preußen, den größten Bundesstaat im Reiche.

Aber damit nicht genug. Auch die Ausführung des Reichsrechts liegt in der Hand der Landesregierungen, ihrer Behörden und Gerichte. Die Durchführung des Arbeiterrechtes ist den Gewerbeaufsichts- und Polizeibehörden übertragen; beide sind landesrechtlich organisiert; ihre Dienstvorschriften erlassen die Landesregierungen. Die Aufsichtsbehörden über die Arbeiterversicherung, soweit die Organisation der letzteren die Grenzen eines Bundesstaates nicht überdrückt, sind Landesbehörden. Teil-

günstigen Boden. Der schwache, dabei eigenfremde und streng auf seine Würde haltende König war ja Stein nie geneigt gewesen. In den ersten Monaten seiner zweiten Ministerkammer war ihm Stein, durch seinen ersten Sturz belehrt, in energischer Weise gegenübergetreten, an stürmischen Auftritten hatte er nicht gefehlt. — Im Dezember 1807 schrieb Stein an Hardenberg: „Der König beweist mir bisher Vertrauen und ich kann mich nur freuen wegen der Art, mit der er sich fürdet.“ Stein Wunder, daß Friedrich Wilhelm III. nicht allzustark an Stein hielt; wenn nun noch „für die von der Partei der Hochkonservativen ausgegebene Parole, daß Stein ein guter Minister des Volkes, nicht des Königs sei, in den Hofkreisen Propaganda gemacht werde“, so mußte des Königs Entschluß feststehen. Dazu kam, daß die Königin Luise Stein fallen ließ; sie, die ihn bei seiner Rückkehr in das Ministerium den großen Meister genannt hatte, der alles beleben konnte und werde, da Talent und Wille, Kraft und Energie besaßen sei; sie, die ihn schon im Mai 1808 brieflich vor einer niedrigen Skabale gewarnt hatte, die Schritt für Schritt gegen ihn anziehe; sie, die noch im Oktober 1808 an den Kaiser Alexander schrieb: „Es scheint, daß Napoleon uns den Freiherrn v. Stein lassen und nicht seine Entfernung fordern wird, ein Umstand, der uns Trost und Sicherheit gibt; erhalten Sie ihn uns!“ — die Königin Luise ließ Stein fallen. Der Vorgang ist so charakteristisch für die Art und Weise, wie auch am preussischen Hofe das Schicksal großer Männer entschieden wird — er dient so vortrefflich dazu, das fast göttliche Bild, das man dem Volke von der Königin Luise macht, ein wenig menschlicher zu gestalten, daß wir ihn hier mit den Worten Lehmanns wiedergeben wollen: „Bleiblich aber erstehen das Band zwischen den beiden (Königin und Minister) zerrissen. Stein versteht, daß die Königin fällt, zweideutig und zurückhaltend gegen ihn geworden sei... Was war geschehen? Die Entfremdung begann, als der Jar auf seiner Rückreise

weise treten auch Landesversicherungsämter in der Rechtsprechung an Stelle des Reichsversicherungsamtes. Die Justiz unterteilt den einzelnen Bundesregierungen und damit zugleich die Regelung der Mitwirkung der Arbeiter an der Rechtspflege (als Schöffen oder Geschworenen) und die Regelung des Gefängniswesens. Auch die Ausführung der öffentlichen Gesundheitspflege liegt den Landesbehörden ob. Der Ort, wo man diese Behörden für ihr Tun und Lassen zur Rechenschaft ziehen, auf die Art der Durchführung der Gesetze Einfluß gewinnen kann, das sind die Landtage der einzelnen Bundesstaaten.

Und noch eine ganze Reihe wichtiger Rechtsgebiete, die auch die Gewerkschaftsinteressen betreffen, sind dem Reichsrecht entzogen. Wir nennen nur das öffentliche Unterrichts- und Schulwesen, das Verkehrs- und Postwesen, das Armenwesen, die Organisations- und rechtliche Regelung des Gemeindefinanzwesens, des Wohnungswesens usw. Das vor wenigen Tagen verabschiedete Reichsvereinsgesetz hat eine für die Gewerkschaften besonders wichtige Materie, das Vereins- und Versammlungsgesetz, teilweise der landesgesetzlichen Regelung entzogen. Aber unberührt davon bleiben die landesrechtlichen Vorschriften für kirchliche und religiöse Vereine, für die Zeiten des Belagerungszustandes und gegen Verabredungen der Landarbeiter zum Zwecke der Arbeitseinstellung, sowie die Vorschriften über die Heilighaltung der Sonn- und Festtage. Und betrachten wir uns die neue Rechts einheit für Vereine und Versammlungen genau, so handelt es sich um eine Verprekung des Vereins- und Versammlungsgesetzes zum Schaden derjenigen Reichsgebiete, die sich bisher freierer Zustände erfreuten.

Damit berühren wir zugleich den übermächtigen Einfluß, den Preußen auf die Reichsregelung ausübt. Im Bundesrat zählt Preußen zwar nur 17 von 58 Stimmen, aber — erklärte einst der bayerische Minister Graf Crailsheim in der bayerischen Kammer: — Wer sich auf diese Stimmenmehrheit beruft, der kennt zwar den Buchstaben der Reichsverfassung, er hat aber keine Ahnung von den tatsächlichen Verhältnissen. In der Tat sind fast stets alle reaktionären Anregungen von Preußen ausgegangen. Das preussische Abgeordnetenhause und das preussische Herrenhaus haben nicht bloß fortgesetzt an der Haltung und den sozialpolitischen Arbeiten des Reichstages

herumgenörgelt, sondern die Regierung auch durch Anträge und Drohungen gegen diese Sozialpolitik idios gemacht. Die Verhandlungen dieser beiden Häuser bieten hierfür eine Fülle von Material, die allerdings niemand, der deren Zusammenhänge kennt, überraschen kann. Der preussische Landtag hat auch jahrelang an dem Sturz des Grafen Kolodowsky gearbeitet, den er für die Seele der Reichssozialpolitik hielt. Vor allem aber überboten sich diese beiden Vertretungen in Ausfällen und Scharfmachereien gegen die Arbeiterbewegung. Kein Gebiet des Wirkens derselben blieb davon unberührt: sie verfolgten die Gewerkschaften und die Vertreter in der Arbeiterversicherung mit dem gleichen Haffe wie die Sozialdemokratie. Jeder reaktionäre Anschlag gegen die Arbeiterbewegung, er mag ausgehen von welchen Kreisen er wolle, fand immer zuerst seine Resonanz im preussischen Landtage, um dann die Reichsregierung zu beeinflussen. Und mehr als einmal nahm dieser Landtag auch das Odium auf sich, durch Eingriffe in Rechtsgebiete, die den Reichsgesetzen unterliegen, die Reichsverfassung zu verletzen, so daß selbst die preussische Regierung dagegen Einspruch erheben mußte. Das Freizügigkeitsrecht wäre längst aufgehoben, der Kontraktbruch der Arbeiter längst dem Strafrichter überliefert und das Koalitionsrecht weiter Arbeiterkreise vernichtet, wenn dem preussischen Landtag hierin die Entscheidung zustände.

Das alles zeigt uns, was die Gewerkschaften von dem Ausfall der bevorstehenden preussischen Landtagswahlen zu erwarten haben. Preußen ist die wirtschaftliche Vormacht im Deutschen Reiche. Von 236 643 Fabriken im Jahre 1906 entfielen 137 640 oder 41 Proz., von 5,88 Millionen Arbeitern 3,60 Millionen oder 61,2 Prozent auf Preußen. Die bedeutendsten Industrien, denen Deutschland seine Weltmarktstellung verdankt, haben in Preußen ihre hauptsächlichsten Stütze: der Kohlenbergbau, die Eisen- und Stahlindustrie, die Textilindustrie, die Maschinenindustrie usw. Und dazu kommt der ungeheueren Einfluß, den der Staat Preußen selbst als Arbeitgeber auf die Regelung der gesamten Arbeitsverhältnisse, auf das Niveau der Löhne, auf die Regelung der Arbeitszeit, auf die Freizügigkeit der Arbeiter ausübt. Es wird Aufgabe der Arbeiterpresse sein, darüber in den nächsten Wochen volle Aufklärung zu verbreiten, wie Preußen als Arbeitgeber von seiner wirtschaftlichen Uebermacht nicht bloß zum

Schaden seiner eigenen Arbeiter, sondern der gesamten Arbeiterschaft Gebrauch gemacht hat.

Dieser reaktionäre Einfluß Preußens auf allen Gebieten wäre undenkbar, wenn die Arbeiterkraft geübend im preussischen Landtage vertreten wäre. Daran hindert sie indes ein Wahlsystem, das den Besitzenden die Wahl der Abgeordneten sichert. 84,57 Proz. aller Wähler haben nach diesem Wahlsystem nur die Hälfte des Einflusses, den die übrigen 15,43 Proz. haben. Und während die Konservativen 1903 bei 19,39 Prozent der auf sie entfallenden Wählerstimmen 143 Abgeordnete erhielten, sind die Sozialdemokraten bei 18,79 Proz. aller Stimmen völlig leer aus. So kommt es, daß im preussischen Abgeordnetenhause unter 133 Abgeordneten 111 Großgrundbesitzer und 50 Bauern, 114 Beamte, 81 Geistliche, Rechtsanwälte usw., 44 Industrielle, Kaufleute, 33 Rentner usw. sitzen, aber kein einziger Arbeiter! Und wo die Stimme des Arbeiters ungehört bleibt, da werden die Arbeiterinteressen mit Füßen getreten. Die Geschichte der Wirksamkeit des preussischen Landtages ist ein einziges Spiel hierfür.

Solange die Arbeiter bei den preussischen Landtagswahlen großend beiseite stehen, werden sie niemals Einfluß gewinnen auf das, was dort beraten und getätigt wird, zum Schaden ihrer Interessen. Die Stimmenthaltung hat noch allezeit der Reaktion Oberwasser verschafft! Deshalb hat auch die politische Vertretung der deutschen Arbeiterklasse beschlossen, sich mit dem Aufgab aller Kräfte an diesem Wahlkampf zu beteiligen. Der Kampf ist nicht aussichtslos, wenn die Arbeiter bis auf den letzten Mann zur Wahl gehen. Die Gewerkschaftspresse erfüllt ihre Pflicht, wenn sie die Arbeiter darauf hinweist, was für sie auf dem Spiele steht. Jeder Arbeiter aber, dem das Wohl der Gewerkschaft am Herzen liegt, dem die Erhaltung und Weiterentwicklung eines freien Arbeiterrechts eine Notwendigkeit dünkt, muß sich auch um seine staatsbürgerlichen Rechte kümmern, die in diesem Falle für ihn zur Pflicht werden. Kein Arbeiter in Preußen darf daher veräumen, am 3. Juni zur Wahl zu gehen und für diejenige Partei zu stimmen, die im Landtag bisher noch unvertreten war, die aber allein für eine gründliche Reform des Landtagswahlrechts wirkt, für die Sozialdemokratie!

von Erfurt durch Königsberg kam (20. bis 24. Oktober 1808) und das preussische Königspaar zu sich nach Petersburg einlud. Die Königin bestand darauf, daß die Einladung angenommen wurde, Stein widersprach. Der Gegensatz der Charaktere trat zutage: die Königin glaubte, nach all den schweren Tagen der letzten drei Jahre ein Anrecht auf die Festsetzungen und Suldigungen zu haben, welchen Petersburg winkte; Stein, puritanisch gestimmt wie er war, meinte, daß jetzt keine Zeit sei, Feste zu feiern und daß das für die Reise erforderliche Geld dringend für andere Zwecke gebraucht werde; man lege ihm das Wort in den Mund: „das verheerete Rußland habe es nötiger“. Aber die Königin wollte davon nichts wissen. „Jetzt möchte sie meinen, daß auch er einmal ein Opfer bringen könne, und als dies nicht geschah, zog sie sich enttäuscht von ihm zurück. Der Umschwung war so stark, daß es kein Geheimnis bleiben konnte, am allerwenigsten vor denen, welche längst danach trachteten, den ersten Minister zu Fall zu bringen.“

So fiel denn der Mann, der als der größte Staatsmann Preußens angesehen werden muß, der die mächtigsten Anstöße für die Erhebung Preußens aus tiefster Schmach und für seine Fortentwicklung gegeben hatte, durch die Intrigen des „Junkerturns“, wie Schön in seinen Aufzeichnungen von 1844 ausführt, des Junkertums, das sich „in seinen Fundamenten angegriffen sah“, das „weitere Fortschritte wie Aufhebung des gütsherrlichen Herrenrechts, der Patrimonial-Jurisdiction, der anderweitigen Stellung des Adels, der Konfiskation“, fürchtete. Und sie hatten ihn und sein Wirken gründlich, die Herren vom Hofe, vom Grunde und vom Militäradel. Schrieb doch unmittelbar nach dem Sturz — am 20. November — der General v. York in Bezug auf Stein: „Unsere äußeren Verhältnisse fangen an, günstiger zu werden, auch unsere inneren neuhnen eine vernünftige Wendung. Ein unsinniger Kopf ist schon getrennt, das andere Katernergeschmeiß wird auch in seinem eigenen Wiste sich selbst auflösen.“

Wir haben hier nicht die weitere Geschichte des Freiherren v. Stein zu behandeln, der in den nächsten Jahren — von Napoleon geächtet — im Mittelpunkt des Kampfes gegen den französischen Kaiser stand. In den preussischen Staatsdienst ist er im eigentlichen Sinne des Wortes nicht mehr getreten; das einzige Amt, das er noch bekleidete, war das eines Landtags-Marschalls der Provinz Westfalen, in das ihn der König im Jahre 1826 berief.

Als Stein 1808 endgültig aus dem Ministerium schieb, stand der im Jahre 1757 Geborene im reifsten Mannesalter — er starb 74 Jahre alt (1831). Die politischen Anschauungen des Greises haben nicht völlig die früheren Feindschaften behalten; mander Anspruch aus der späteren Lebenszeit ließe sich anführen, der selbst von einem Reaktionsär gebilligt werden könnte. Sein Biograph sucht eine ganze Reihe von Gründen für diesen, man möchte fast sagen: Stimmungswechsel. Am nächsten liegt der Gedanke, daß für ihn die Enttäuschung maßgebend war, die die preussische Bourgeoisie Stein bereiten mußte. Wohl war das Volk tapfer in den Krieg gezogen, hatte Gut und Blut für die Befreiung vom Fremdjoch geopfert; aber geduldig ließ es sich nach erungenerem Siege von Fürsten und Adel die Schlafmütze über die Ohren ziehen. Sicherlich ist es dem Einfluß von Stein zu verdanken, wenn auf Hardenbergs Rat der König dem preussischen Volke als Siegeslohn eine Verfassung in Aussicht stellte. Mühte es Stein nicht entzünden, wenn es das Volk ohne Murren erzug, daß das Königsmort nicht gehalten wurde, während die Reaktion auf allen Gebieten des politischen wie geistigen Lebens immer tünder und unerschütterter das Haupt erhob? Wenn man bemerkt an einer Stelle, „Steins System litt an einem Fehler, der sich je länger je mehr bemerkbar machen mußte: es ignorierte die Schichten unterhalb der Bürger und Bauern, die doch auch zur Nation gehören, die Häusler und Tagelöhner auf dem Lande, die Gesellen und Fabrikarbeiter in den Städten“. Das moderne Proletariat wird

hieraus gegen Stein keinen Vorwurf erheben — davor schließt es seine materialistische Geschichtsauffassung. Wenn ein damaliger preussischer Staatsmann seine Stütze in der Bourgeoisie suchte, genügt er seiner Zeit. Der ganze Vorwurf trifft diese Bourgeoisie, die zu schwach und zu feige, trotz eines solchen Führers die ihr gebührende Stellung nicht zu erringen wußte, die, nur um ihr Augenblicksinteresse demüht, das Staatswesen dem Junkertum und der Bureaukratie überließ. Aus dieser politischen Rückständigkeit der preussischen Bourgeoisie ergibt sich die nächste Aufgabe des Proletariats in Preußen. Ohne je ihre prinzipiellen Programmforderungen aus den Augen zu lassen, muß die Sozialdemokratie Preußens zunächst die Reste des Feudalismus beseitigen, wie sie z. B. in ostfälischen Gutsbezirken, in dem Herrenhaus zutage treten; der gleiche hartnäckige Kampf ist gegen das System der Bureaukratie zu führen, das aus dem absoluten Polizeistaat in alle Gebiete der preussischen Verwaltung übernommen ist und die sogenannte „Selbstverwaltung“ überall einschränkt, wenn nicht gar zu einem Schein herabwürdigt. In diesem Sinne dürfen wir sagen, daß auch die sozialdemokratische Politik in Preußen dort antworten muß, wo der Freiherr v. Stein vor gerade 100 Jahren aus seinem Wirken verdrängt wurde. Während sich die freisinnigen Whisiker, namentlich in den Stadtverwaltungen, rüsten, um im Herbst dieses Jahres den 100jährigen Geburtstag der Städteordnung zu feiern, deren beiseitene Freiheiten ihre Väter und sie selbst nicht einmal gegen die ärgsten Verkümmelungen durch die Reaktion zu schützen vermochten, rüstet sich das Proletariat in Preußen, um für seine eigentlichen großen Aufgaben zunächst den Boden bürgerlicher Freiheit zu erkämpfen, den die Bourgeoisie nicht zu gewinnen vermochte. So gedenkt das Proletariat der Hundertjahrfeier 1808—1908.

Zur Verschmelzungsfrage.

Berlin. Mit der Frage der Verschmelzung zu einem Lederindustrieverband beschäftigten sich drei Versammlungen unserer Verwaltungsstelle. Das einleitende Referat hatte der Kollege Müntner übernommen, der voraussetzte, daß wir bis heutigen Tags überhaupt noch keinen wirklichen Industrieverband kennen, da weder der Metallarbeiterverband noch der Holzarbeiterverband darauf Anspruch machen können, alle für diese Industrien in Frage kommenden Berufe zu umfassen. Wenn wir die ganze Frage auch bei uns vom Standpunkt einer abgeschlossenen Industrie betrachten wollen, wäre es strittig, ob nicht die Schuhmacher beispielsweise in erster Linie der Bekleidungsindustrie zuzurechnen seien. Aber abgesehen von all dem ist es notwendig, erst mal die Berufe zu betrachten, die für uns bei einer Verschmelzung in Frage kommen. Es sind dieses die Schuhmacher, Sattler, Schuhmacher, Portefeuille, Lederarbeiter und Kürschner. Die Kürschner selbst rechnen sich zur Bekleidungsindustrie, wollen also von einer Verschmelzung zum Lederindustrieverbande nichts wissen, müssen demnach ausscheiden. Bei den Lederarbeitern ist zu vergleichen, daß bis zum Jahre 1892 zwei getrennte Organisationen bestanden, nämlich die Holzgerber und die Weizgerber, die sich erst im Jahre 1893 zusammenschlossen. Aber noch heute geht der Streit zwischen beiden Gruppen, indem jede sich durch die andere benachteiligt fühlt.

Die genannten Organisationen zusammengekommen, umfassen nach den Angaben der Generalkommission für das Jahr 1906 56 320 Mitglieder, von denen allein 33 132 auf die Schuhmacher entfallen. Es wird nun zugunsten eines Industrieverbandes immer angeführt, daß wir dann stärker seien. Dieses stimmt aber nur der Zahl nach, weil meistens ein Zusammenschluß unsererseits das gleiche bei den Arbeitgebern zeitigt und weil man eine Organisation nur dann als gut und fruchtbar bezeichnen kann, wenn die Zahl der Organisierten einen hohen Prozentsatz der Berufsangehörigen umfaßt. Nun heißt es weiter, wir würden bei einem Zusammenschluß mehr Mittel zur Verfügung haben und könnten demzufolge den Unternehmern besser die Spitze bieten. Wenn wir aber von diesem Gesichtspunkte ausgehen, so beweist auch hier die Statistik, daß wir in keiner Weise mit unseren Ausgaben für den Kampf gegen die großen Gewerkschaften zurückbleiben. So stellen sich die Ausgaben für Streiks pro Kopf bei den Metallarbeitern auf 11,22 Mk., Holzarbeitern 11,90 Mk., Schuhmachern 5,70 Mk., und bei den Sattlern auf 8 Mk. Für Maßregelungsunterstützung wurde pro Kopf bezahlt bei den Metallarbeitern 0,84 Mk., Holzarbeitern 0,36 Mk., Schuhmachern 0,15 Mk. und bei den Sattlern 0,79 Mk.

Sehr deutlich wird auch die Leistungsfähigkeit unserer Organisation durch die Aufwendungen für Arbeitslosen- und Krankenunterstützung illustriert. Es zahlten beispielsweise Arbeitslosenunterstützung pro Kopf die Metallarbeiter 1,89 Mk., Holzarbeiter 4,10 Mk., Schuhmacher 1,44 Mk., und Sattler 4,26 Mk. Krankenunterstützung: Metallarbeiter 2,40 Mk., Schuhmacher 3,11 Mk., und Sattler 3,08 Mk. Daß auch die Kosten der Agitation im Industrieverband nicht geringer sind, beweist die Ausgabe der Holzarbeiter, die 1,53 Mk. pro Kopf aufwanden, während wir 1,55 Mk. pro Kopf dafür verausgaben.

Das wirksamste Argument, das für die Verschmelzung ins Feld geführt werden kann, ist, daß wir in vielen kleineren Städten Filialen haben könnten, und daß dadurch die Agitation besser gefördert würde. Aber auch in diesem Punkte steht Medner auf dem Standpunkt, daß auch unter den jetzigen Verhältnissen niemand die Schuhmacher hindern wird, in den einzelnen Orten, wo sie stark sind, etwa vorhandene Sattler aufzunehmen oder auch umgekehrt, da ja bei dem Abkommen, das die Zentralvorstände geschlossen haben, bei veränderten Verhältnissen jederzeit der Rücktritt in die andere Organisation bewirkt werden kann, ohne daß der Betreffende nur das geringste von seinen erworbenen Anrechten einbüßt.

Als besonders beachtenswert bei der Beurteilung der Verschmelzungsfrage hält Kollege Müntner auch die Tatsache, daß der Sattler des Ostens, Kollege Donalds, der Meinung ist, daß es in seinem Bezirk schwer halten würde, wenn nicht gar vollständig unmöglich sein dürfte, die Kollegen für einen Industrieverband zu begeistern, resp. neue Kollegen diesem zuzuführen. Hier handelt es sich um das Urteil eines Kollegen, der bei der Agitation zum größten Teil auf kleinere Städte angewiesen ist, und gerade für diese soll doch der Industrieverband besondere Vorteile bringen. Daß die Propaganda durch einen Industrieverband keineswegs leichter ist, wird ja auch am besten dadurch bewiesen, daß der als einer der besten Organisationen mit Recht genannte Holzarbeiterverband mit der Tatsache zu rechnen hat, daß seinen 150 000 Mitgliedern 300 000 unorganisierte

holzarbeiter gegenüberstehen. Medner schließt seine Ausführungen mit dem Hinweis, daß wir als selbständige Organisation bisher sehr wohl in der Lage waren, die Interessen unserer Mitglieder in wirksamer Weise wahrzunehmen zu können, daß Vorteile für uns bei der Verschmelzung nicht herauskommen können, so daß wir es uns sehr wohl überlegen sollen, einer Verschmelzung das Wort zu reden.

In der Diskussion, die darauf folgte, erklärte sich Kollege Kammal als Freund der Verschmelzung. Er verurteilte das Referat Müntners, das zu einseitig gehalten gewesen sei. Kollege Mluge äußert Bedenken gegen die Verschmelzung, da er unbedingt glaube, daß die Interessen der einzelnen Berufsgruppen doch nicht in der Weise wahrgenommen werden könnten, wie man erwarte und wie es notwendig sei. Kollege Vohse und Sauer treten für die Verschmelzung ein. Kollege Sauer besonders mit dem Argument, daß die Verschmelzung eine günstige Rückwirkung auf die Massenverhältnisse haben würde, so daß für die Lohnkämpfe mehr Mittel zur Verfügung stehen würden. Diese Anschauung wurde besonders von dem Kollegen Wehber bekämpft, der darauf hinwies, daß auch im Industrieverband den einzelnen Branchen nicht mehr Mittel zur Verfügung gestellt werden könnten, als sie selbst schließlich auszubringen in der Lage waren. Verständlich ist es ja, wenn angesichts der zum Teil verloren gegangenen Kämpfe eine teilweise pessimistische Auffassung Platzgegriffen habe und wenn man bemüht sei, Mittel ausfindig zu machen, die geeignet sind, die Kräfte der Arbeiter zu heben. Dabei dürfen wir uns aber nicht immer auf den Selbststandpunkt stellen. Wichtig ist es wohl, daß reiche Mittel zur Führung von Kämpfen notwendig sind, aber ebenso notwendig, wenn nicht gar noch notwendiger ist es, daß der Arbeiter bei allen Kämpfen mehr seine Person in den Vordergrund rückt, mehr seinen Willen zum Ausdruck bringt. Kollege Blum weist kurz darauf hin, daß wir sehr viel bei der Verschmelzung zu verlieren haben. Er betont, daß die Diskussion dieser Frage einem gewissen Schwächegefühl entspringt, daß es aber derselbe wäre, wenn die Kollegen glaubten, daß der Industrieverband besser für sie eintreten könne, als die reine Berufsorganisation. Stets wird es so sein, daß Lohnbewegungen in erster Linie in den größeren Städten ausgefochten werden, weil hier die Organisationen besseren Eingang gefunden haben, während andererseits bessere Verhältnisse in den Großstädten die Arbeitsbedingungen in den Kleinstädten und auf dem platten Lande in unserem Sinne günstig beeinflussen. Die Debatte wurde daraufhin zu einer späteren Versammlung vertagt.

In der zweiten Versammlung spricht sich Kollege Bodara dahin aus, daß er es für richtig befunden hätte, wenn die Ortsverwaltung nicht nur einen Gegner, sondern auch einen Befürworter der Verschmelzung als Referenten bestellt hätte. In seiner Weise hält er die von Müntner gegen die Verschmelzung ins Feld geführten Gründe für stichhaltig. Er verwies auf die Anzahl von Branchen, die alle im Holzarbeiterverband vereint sind, und die zum Teil auch nichts weiter gemein haben, als daß sie Holz verarbeiten. Ferner streift er die Möglichkeit der Annahme, daß im Lederindustrieverband die Interessen der Schuhmacher, als die der Zahl nach am stärksten vertretenen, in erster Linie Berücksichtigung finden. Er geißelt ferner die inwischen durch die Zeitung bekannt gewordene Meinung des Volontärs Schneider, daß die Berliner eher eine Lokalorganisation gründen würden, als die Verschmelzung mitmachen, als unzutreffend. Auch Kollege Wehber wendet sich gegen die Meinung Schneiders und bezeichnet diese als sehr hilflos. Kollege Vohse redet der Verschmelzung nochmals das Wort, indem er darauf hinweist, wie auch in den beschriebenen anderen Berufen die Frage der Industrieverbände diskutiert wird. Auch die Generalkommission sehe wohl unbedingt auf dem Boden dieser Organisationsform, was aus den Auslassungen des „Correspondenzblattes“ herborrage. Der Zusammenschluß der Unternehmer muß auch das gleiche bei den Arbeitern zeitigen und sehr wohl könne man dem Gedanken einer großen Gewerkschaftsunion näher treten. Medner betont noch besonders, daß große Organisationen in verwaltungstechnischer Hinsicht billiger arbeiten, indem er diesbezügliches Zahlenmaterial anführt. Den Hauptvorteil der Verschmelzung verpricht er sich aber in Bezug auf die Agitation in der Provinz, die unbedingt gefördert wird. Auf dem gleichen Standpunkt steht der Kollege Meding, der wohl anerkennt, daß Lohnkämpfe in erster Linie in den Städten ausgefochten werden, der aber die Gefahr des Junges unorganisiert besser hinteran gehalten wissen will und dieses durch den Industrieverband besser verbürgt sieht. Kollege Hesse verweist auf die Unternehmer, die fast von einer Stelle aus in Deutschland regiert werden, denen müßten wir nachsehen. Kollege Frenzel findet es bezeichnend, wenn sich schließlich die Reichsvereinsratler nicht groß für die Verschmelzung

erwärmen können, diese sind in größeren Städten ansässig, gut organisiert und getrauen sich, allein dem Internermercium entgegenzutreten. Anders die Geschäftsratler, für sie ist die Verschmelzung von großem Wert. Kollege Blum hat ausgesprochen, daß die Diskussion dieser Frage ein Zeugnis der Schwäche ist, aber wenn man sich allein zu schwach fühlt, etwas zu unternehmen und in der Verschmelzung Vorteile in dieser Hinsicht sieht, so kann man die Schwäche ruhig eingestehen. Kollege Blum führt aus, daß wohl keinerlei Stimmung für die Verschmelzung aufkommen würde, wenn die Mitglieder die statutarischen Bestimmungen der anderen Organisationen, besonders der Schuhmacher, kennen würden. Er habe erst jetzt wieder Gelegenheit genommen, das Statut der Schuhmacher durchzusehen und dabei bestürzt gefunden, daß wir unseren Mitgliedern gegenüber bedeutend mehr leisten als diese. Er muß es voll und ganz aufrecht erhalten, daß wir bei der Verschmelzung Gefahr laufen, unsere in 20jähriger Arbeit aufgebaute Position vollständig dranzugeben. Die weitere Diskussion wird daraufhin bis zu einer außerordentlichen Versammlung vertagt, nachdem noch zwei Kollegen damit betraut wurden, einen Referenten für die Verschmelzung zu dieser Versammlung zu besorgen.

Als Referent der dritten Versammlung war der Genosse Hermann Jädel von den Textilarbeitern erschienen. Medner schied voraus, daß er die Frage der Industrieverbände nur theoretisch behandeln könne, da ihm die speziellen Interessen und Eigenarten unseres Berufes fremd sind. Er schiedert alsdann die Entwicklung vom Handwerk zur Industrie und behandelt dabei in erster Linie die Veränderung, die durch diese Entwicklung mit der Lage der Arbeiter vor sich gegangen ist. Er verweist besonders darauf, wie die Arbeiter durch die kapitalistische Produktionsweise immer abhängiger werden und wie sie dadurch, um gegen diese Abhängigkeit und die damit verbundene Unterdrückung anzukämpfen, in die Gewerkschaftsorganisationen getrieben werden. Die in letzter Zeit zu verzeichnende Kapitalkonzentration zeigt uns aber, wie schwer es ist, selbst mit der gewerkschaftlichen Organisation gegen diese Großunternehmer anzukämpfen und zeitigt als notwendige Folge, daß wir dieser Entwicklung folgen müssen. Auch die Gewerkschaften müssen sich zu Industrieverbänden zusammenschließen, diese Form ist die Organisation der Zukunft und gerade wir in Deutschland gehen bei dieser Entwicklung voran. Wenn nun innerhalb des Sattlerberufes noch keine so gewaltigen Kapitalkonzentrationen zu verzeichnen sind, so beweist doch die Zunahme der im Beruf beschäftigten Hilfsarbeiter und der weiblichen Arbeitskräfte, daß auch wir denselben Entwicklungsgang gehen. Aber die gleich schlechten Lohnverhältnisse wie in anderen Berufen sind auch bei uns anzutreffen. Um dagegen wirksam anzukämpfen, dürfte der Industrieverband die besten Mittel bieten. Daß in einem Industrieverband die Interessen aller angeschlossenen Berufsgruppen wahrgenommen werden können, sieht Medner am besten im Metallarbeiterverband bestätigt, da hier doch Goldschmiede und Großschmiede vereinigt sind, die wirklich im Arbeitsprozeß nichts gemein haben. Auf die Leitung der Industrieverbände eingehend, kommt Medner zu dem Schluß, daß auch die Verfestigung, man schaffe eine Anstaltensbureaukratie, hinsichtlich sei. Gerade die Entwicklung der Arbeitgeberverbände bedingt es, daß wir uns gute unabhängige Leitungen schaffen, die in der Lage sind, die Gesamtsituation zu überschauen. Daß diese sich nicht zur Bureaukratie entwickeln, dafür bürgt der sozialistische Geist, der unsere Organisationen durchdringt. Medner resumiert sich dahin, daß der ganze Entwicklungsgang die Industrieverbände bedinge und daß früher oder später diese Organisationsform die einzig bestehende sein wird.

Zu dem Referat bemerkt der Kollege Müntner, daß wenn er über die Entwicklung der Arbeiterbewegung hätte sprechen sollen, er ungefähr dasselbe hätte bringen müssen wie der Genosse Jädel, daß damit aber immerhin die Frage offen bleibt, ob für uns die Verschmelzung zweckmäßig ist oder nicht. Würde er als Schuhmacher zu dieser Frage Stellung nehmen müssen, so wäre er jederzeit für die Verschmelzung, denn die Schuhmacher würden dabei nichts riskieren. Bei uns liegt es aber so, daß wir gar nichts dabei gewinnen können, schließlich auch nicht besonders etwas gewinnen wollen, aber andererseits auch nicht das in 20 Jahren Aufgebauete ohne weiteres drangehen wollen. Bezüglich der Agitation in den kleineren Städten und auf dem Lande empfiehlt Medner den weiteren Ausbau des Kartellwesens, eventuell wo es einigermaßen möglich erscheint, auch die Anstellung der Kartellvorstehenden.

In seinem Schlusswort betonte Genosse Jädel, daß er sich von der Anstellung der Kartellvorstehenden wenig Nutzen verspricht; viel nützlicher sei es, wenn jede Organisation selbst in der Lage ist, besondere Kräfte anzustellen. Er hebt noch einmal

herber, daß er die Frage nur theoretisch behandelt habe, ob auch für uns schon die Zeit gekommen ist, in einem Lederindustrieverband aufzugehen, darüber müßten die Kollegen selbst befinden.

Hierauf gelangten die Resolutionen zur Abstimmung. Die Resolution Müntzners hatte folgenden Wortlaut:

Resolution.

Die Mitgliederversammlung der Ortsverwaltung Berlin schließt sich nach eingehender Diskussion der Verschmelzungsfrage mit folgender Erklärung an:

1. Die Versammlung vermag die bis jetzt zugunsten einer Verschmelzung der verschiedenen Lederbearbeitenden Berufe beigebrachten Gründe als durchschlagend und überzeugend nicht anzuerkennen.

2. Die Versammlung hält es für notwendig, zu betonen, daß eine Verschmelzung zweier oder gar mehrerer Organisationen nur dann von Vorteil für alle Beteiligten sein kann, wenn die beruflichen Verhältnisse derartig ineinander greifen, daß die Verschmelzung zur Einheitsorganisation gewissermaßen nur noch den Schlusstein bildet für einen in Wirklichkeit bereits vorhandenen Zustand.

3. Die Versammlung ist daher der Ansicht, daß eine Verschmelzung mit dem Verband der Portefeuller nicht nur wünschenswert, sondern notwendig wäre, sieht sich aber nicht veranlaßt, weder direkt noch indirekt, die letzteren zu einem Verhältnis zu drängen, das von den Portefeullern nicht gewünscht wird; sie überläßt es vielmehr der weiteren Entwicklung und der Zeit, das Notwendige herbeizuführen.

4. Die Verschiedenartigkeit der Beiträge sowohl wie der Leistungen der in Frage kommenden Organisationen ist derartig groß, daß es als absolut unmöglich erscheint, aus hier einseitig betriebenen Ausgleich zu finden; eine Differenzierung aber, den Berufen entsprechend, auch nach der Verschmelzung noch aufrecht zu erhalten, dürfte technisch sehr schwer durchführbar sein und außerdem auch nicht den Intentionen der Verschmelzungsfreunde entsprechen.

5. Die Versammlung vermag auch nicht einzusehen, inwiefern es für eine schlecht organisierte Berufsgruppe an einem Orte von Vorteil sein könnte, wenn sich dieselbe einer anderen Berufsgruppe anschließen hat. Sie ist vielmehr der Meinung, daß ganz gleichgültig, ob allein stehend oder verschmolzen, die Besserung der beruflichen Lage immer nur Aufgabe der betr. Berufsgenossen selbst sein und bleiben wird.

6. Die Versammlung erklärt ferner, daß zur Vertiefung allgemeiner Arbeiterinteressen (z. B. Wahrung des Koalitionsrechts u. dgl.) ein weiterer Ausbau des Kartellwesens, und zwar der benachbarten Organisationen untereinander, sowohl wie derjenigen der Gewerkschaftsartelle und der General-Kommission weit besser geeignet würde, als eine zwangswise Zusammenföpfung von noch ziemlich weit auseinanderliegenden fremden Berufen.

7. Auch kann die Tatsache, daß die kleinen Verwaltungsstellen nicht genügend behandelte Vorträge abhalten in der Lage sind, absolut kein Grund für eine Verschmelzung sein. Denn hier Verringerung zu schaffen, dürfte bei einigem guten Willen durch Abhaltung gemeinsamer Versammlungen und durch entsprechende Arrangements der Gewerkschaftsartelle ein leichtes sein.

8. Die Versammlung erklärt endlich, daß eine Urabstimmung, wie verschiedentlich vorgeschlagen, in Sachen der Verschmelzung erst dann vorgenommen werden kann, bis die Bedingungen, unter denen eine eventuelle Verschmelzung erfolgen soll, endgültig festgelegt sind; da den Mitgliedern nicht zugemutet werden kann, einen Sprung ins Dunkle zu tun.

Sollte eine Urabstimmung ein für die Verschmelzung günstiges Resultat zeitigen, so verpflichten sich die Mitglieder Berlins, auch in dem neuen Verbande ihre Schuldigkeit nach wie vor zu tun. Diese Resolution konnte eine Mehrheit nicht finden. Dagegen wurde nachstehende Resolution mit einer Majorität von 16 Stimmen bei einer Abstimmungsbeteiligung von 94 Mitgliedern angenommen:

Die Versammelten sind der Ueberzeugung, daß eine Verschmelzung der in Betracht kommenden Verbände zu einem Lederindustrieverband eine Notwendigkeit ist, um eine schnellere Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse herbeizuführen. Weiter sind die Versammelten der Meinung, daß eine Verschmelzung mit den Portefeullern der erste Schritt zum Industrieverband ist. Sie betonen, daß den Beschlüssen, die in dieser Hinsicht gefaßt sind, unbedingt Rechnung getragen werden muß.

Dresden. Mitgliederversammlung vom 14. März 1906. Auf der Tagesordnung stand: 1. Verschmelzungsfrage, 2. Diskussion, 3. Verschiedenes.

Zu Punkt 1 eröffnete der Vorsitzende Kollege Nadoff die Versammlung und erteilte unserm

Gauleiter Vortisch das Wort zu diesem Thema. Zur Einleitung hierzu verlas er den Vortragsartikel in unserem Nachblatt Nr. 17 vom 18. August 1906, in welchem über Verschmelzungsfrage von Sandstrubmacher, Schuhmacher- und Portefeullerverband stattgefundene Verhandlungen die Berichte enthalten sind. Im weiteren führte Referent uns die Vorteile und die Zweckmäßigkeit bei Anschluß zu einem Industrie- oder Portefeullerverband vor Augen. Seine Ansichten stützen dahin aus, daß man in Provinzialstädten und auf dem flachen Lande eine bessere Agitation zur Ausbreitung unserer Organisation entfalten könnte. Auch könne man bei Anbruch eines Streiks eine schnellere Niederlage des Unternehmertums erreichen.

Auch im technischen Verwaltungsbereich finde er im allgemeinen eine Erleichterung. U. a. erwähnte er auch, daß man gewiß war, sich mit den Tapezierern zu vereinen, doch haben diese es abgelehnt, sich mit uns solidarisch zu erklären. Im vorigen Jahre sah man eine eifrige Tätigkeit des Portefeullerverbandes (laut Verbandstag desselben in Berlin), welcher bemüht war, sich mit uns zu vereinigen. Doch in den neueren Berichten dieser Organisation kann man merken, wie die Sympathie für uns abflaut. Auch uns bleiben verschiedene Bedenken offen, wegen der Heimarbeit.

Zum Schluß führte uns Referent (laut Statist.) noch die Vermögenslage und die Mitgliederzahlen unseres Berufes sowie anderer Organisationen an, welche für die Lederarbeiter bestehen. Unser Rechnungsjahr 1907 fände man als betrieblend bezeichnend; woraus sich ergibt, daß wir es eigentlich noch nicht so nötig hätten, uns einem Industrieverband und dergleichen anzuschließen; jedoch halten wir es ebenso wie andere Berufe für unsere Pflicht, uns mit dieser Frage zu beschäftigen. Im großen und ganzen müßte man sich bis zu unserer nächsten Generalversammlung (1909) noch gedulden, hoffentlich sei bis dahin diese Materie geklärt. — Hierauf entspann sich eine rege Diskussion darüber. Von den Rednern sprachen sich welche für und gegen eine Verschmelzung aus. Man gelangte schließlich zur Ausarbeitung einer Resolution folgenden Inhalts: „Die Versammlung der Filiale Breslau nimmt Kenntnis von der beabsichtigten Schaffung eines Lederindustrieverbandes, dieselbe ist im Prinzip dafür, kann aber gegenwärtig eine Feststellung ihrer Berufsinteressen im Industrieverband nicht finden. Die Verschmelzung mit den Portefeullern dagegen ist eine wirtschaftliche Notwendigkeit. Die Versammlung ist ferner der Meinung, daß mit allen Kräften an der Ausbreitung unseres Verbandes gewirkt werden muß, um ihn dadurch zu einem machtbildenden Faktor auch ohne Verschmelzung zu gestalten.“

Unter Verschiedenem geben Vorsitzender und Gauleiter einen Situationsbericht über die bisherige Ausbreitung der bei der Firma Peitlich, Kofferfabrik, beschäftigt gewesenen Kollegen. Was weitere Unterstühtungen anbetrifft, so wird nach besten Kräften Sorge dafür getragen. Ein Kollege äußerte seine Mißbilligung über das Verhalten der Hauptverwaltung zur weiteren Unterstühtung der Kollegen. U. a. wird darauf hingewiesen, daß zur nächsten Versammlung ein Referent über die bevorstehende Landtagswahl sprechen wird.

Jena. Sonnabend, den 4. April, fand im Gewerkschaftshause eine von 28 Kollegen besuchte Sattlerversammlung statt, in welcher Gauleiter Vusch über die Verschmelzungsfrage referierte. Kollege Vusch schilderte in seinem interessanten Vortrage die Entwicklung des Kleinhandwerks zum Großbetriebe, sowie das Entstehen der Gewerkschaften und der Arbeitgeberverbände und führte den Kollegen die Notwendigkeit eines Lederindustrieverbandes zum Schutze gegen das Unternehmertum vor Augen, betonte aber, daß eine Verschmelzung der Sattler und Schuhmacher zurzeit noch nicht anständig sei, wohl aber der Sattler und Portefeuller. In der hierauf folgenden Diskussion, an welcher sich mehrere Kollegen sowie einige vom Schuhmacherverband beteiligten, sprachen sich fast alle für die Gründung eines Industrieverbandes aus, da dieser leistungsfähiger sei. Kritisiert wurde auch das Verhalten des Gauleiters Schneider, welches geradezu geeignet sei, Mißstimmung in den Kollegentreifen zu erregen. Nachdem Kollege Vusch nochmals seinen Standpunkt zur Verschmelzungsfrage klarlegte, wurde die Offenbacher Resolution mit 12 gegen 6 Stimmen bei 11 Stimmenthaltungen angenommen. Zum 2. Punkt, Raiffeisler betreffend, kritisierten einige Kollegen das Verhalten der General-Kommission der Gewerkschaften und des Parteivorstandes und erwarteten eine genauere Nachsicht. Kollege Vusch trill dem entgegen und macht darauf aufmerksam, daß die Raiffeisler lediglich eine Demonstration zur Erreichung des Achtstundentages und des Arbeiterschutzes sei, und bittet den 1. Mai durch Arbeitsruhe zu feiern, was von den Kollegen auch beschlossen wird. Unter Punkt Verschiedenes macht Kollege Vusch die Mitteilung, daß die Kollegen in Halle

einen Ausflug nach der Rudelsburg planen, und zwar mit den Kollegen von Leipzig, Jena, Gera, Zeitz und Apolda, zu welcher sich die hiesigen Kollegen gern beteiligen wollen. Nachdem Gauleiter Vusch die Kollegen noch ermahnte, auch fernerhin treu zum Verbande zu stehen und ihm immer mehr Mitglieder zuzuföhren, erfolgte um 1/2 Uhr Schluß der inter- nauten Versammlung.

Der Sattlerberuf in gesundheitlicher Beziehung.

Die enorm hohe Krankheitsziffer im Berichtsjahr 1907 unseres Verbandes veranlaßt mich, die immananten Verhältnisse unseres Berufes einer näheren Betrachtung zu unterziehen. Es waren an Krankheiten nach dem Geschäftsbericht des Hauptvorstandes zu verzeichnen im Berichtsjahr:

1905 370 Fälle mit 8566 Tagen und einer Durchschnittsdauer von 23,1 Tagen.

1906 584 Fälle mit 14.177 Tagen und einer Durchschnittsdauer von 24,2 Tagen.

1907 946 Fälle mit 23.671 Tagen und einer Durchschnittsdauer von 25 Tagen.

Somit eine erhebliche Zunahme in dem letzten Jahre, was durch die Steigerung unserer Mitglieder nicht ausgeglichen werden kann. Da nun Krankenunterstützung erst nach 3jähriger Mitgliedschaft gewährt, ferner Unterstützung vom 7. Tage ab gegeben wird, so können wir ruhig behaupten, daß im Vorjahre 30 Prozent unserer Kollegen durch Krankheit arbeitsunfähig waren.

Ist denn unser Beruf so gesundheitschädlich? Nein! Die Ausübung unserer Arbeitsweise ist nicht ungesund. Schuld an diesen Zuständen sind die Arbeitsverhältnisse, wie niedriger Lohn, lange Arbeitszeit, Akkordarbeit oder sonstige Antreiberei, schlechte Ventilation, schlechtes Licht usw. Die Tatsache steht fest, daß eine große Anzahl Sattlerwerkstätten allen gesundheitlichen Anforderungen Hohn sprechen. In feuchten Kellern, finsternen Höfen, wo kein Tageslicht eindringt, dort findet man die Sattlerwerkstätten. Wie die Pflanzen zugrunde gehen, so keine Sonne hinschickt, so verkümmert der Mensch dort, wo das Tageslicht mangelhaft hinommt. Die Gehäulen haben alle Kräfte, ihre Gesundheit zu schütten. Auf dem Zustand unserer Gesundheit beruht unsere Arbeitskraft, unsere Leistungsfähigkeit bei der Arbeit. Es kann dem Sattlergehülfen nicht gleichgültig sein, ob er 8 bis 9 oder 13 bis 14 Stunden täglich arbeitet. Betrachten wir einmal die Arbeitsweise eines Geschirrsattlers, welcher den ganzen Tag auf dem Schmel mit dem Kahlkoben zwischen den Weinen sitzt und näht. Durch die gebeugte Körperhaltung wird ein fortgesetzter Druck auf die Organe des Blutkreislaufes der Atmung und der Verdauung ausgeübt. Diese sind das Herz, die Lungen, der Magen, die Leber und die Därme. Dadurch, daß diese Organe in ihrer Tätigkeit beeinträchtigt werden, können sie ihre Funktionen nur mangelhaft verrichten. Die Folge ist, daß sie verkümmern und dadurch den ganzen Körper in Mitleidenschaft ziehen.

Bei den Kofferseifenattlern, die auf Roh- und Handtöcher arbeiten, wird bei dem Einfassen ein fortgesetzter Druck auf den Brustkorb ausgeübt. Wo keine Teilarbeit besteht, mag die Arbeitsweise noch gehen. Es gibt aber Kofferfabrikanten, wo jahraus, jahrein Gehäulen Koffer einfassen müssen. Daß diese lungenkrank werden, nimmt kein Wunder. Unsere Statistik zeigt an Herz-, Leber- und Nierenkrankheiten 33 Fälle, Lungenerkrankung 140 Fälle, Magen- und Darmkatarrh 71 Fälle. Der vierte Teil der Krankheiten entfällt auf die angeführten Organe.

Weiter sehen wir bei den Sattlern, die fortgesetzt nähen, wie die Körperhaltung gebeugt, auch die rechte Schulter höher ist wie die linke. Durch die einseitige Inanspruchnahme gewisser Muskeln und Gliedmaßen, wie durch die Körperhaltung bei der Arbeit, findet eine übermäßige Dehnung von Muskeln, eine Belastung des Knochengewebes statt. Diese Organe geben nach, die Gelenkbänder dehnen sich und führen schließlich zu Mißbildungen des Körpers. Wie können wir diesem abhelfen?

Den Geschirrsattlern kann ich nur den Rat geben, wenn es irgend möglich ist, anstatt des Kahlkobens, das Roh zu benutzen. Da bei letzterem die Brust freier herauskommt, werden die inneren Körperteile nicht so beengt, wie bei ersterem. Im allgemeinen ist jedoch die Verkürzung der Arbeitszeit anzustreben. Erst auf 9 und dann auf 8 Stunden. Der Gehülfe muß nach der Tagesarbeit noch so viel Zeit übrig haben, daß er durch Bewegung in freier Luft, durch ungehinderte Körperhaltung eine ausgleichende Tätigkeit der vernachlässigten Organe des Körpers herbeiföhrt. Einen breiten Raum nehmen in der Statistik die Erkrankungen an Influenza mit 117 Fällen ein. Die Influenza ist eine Infektionskrankheit, das heißt, eine Krankheit, welche durch Bakterien hervorgerufen wird. Genau so ist es mit Rheumatismus und Gicht, wo 107 Fälle verzeichnet stehen. Diese Krankheiten

entsteht hauptsächlich durch die schlechten Luftverhältnisse in den Werkstätten, durch ungenügende Ventilation. Es ist ja leicht vorstellbar, daß mit jeder zunehmenden Arbeitsstunde sich die Luft verschlechtert. Der arbeitende Mensch atmet in einer Stunde bis 40 Liter Kohlenäure aus, das macht bei zehnstündiger Arbeitszeit an 400 Liter. Dieses beachtet man auf die Zahl der Beschäftigten. Dazu kommt, daß jede Kammer auch Kohlenäure liefert. Eine einzelne Gasflamme jenseit viermal so viel wie der Mensch. Nimmt man hierzu die Luftverunreinigung an Staub durch das Arbeitsprodukt, ferner die Dampfgase, Ausdünstung von Arbeitsmaterial, Grundöfen, Terpentinol, Farben usw., so läßt sich die Grundursache der zahlreichen Erkrankungen. Aus Nahrung und Luft bildet sich unter Blut. In die Luft schlecht, so wird das Blut verunreinigt und man ist dann Infektionskrankheiten mehr zugänglich. Ein durch nichts zu rechtfertigendes Verbrechen an der Gesundheit seiner Mitmenschen ist es, wenn ein Unternehmer bei Strafe seinen Gehäusen verbietet, die Fenster zu öffnen. Vereinzelt sind diese Fälle nicht.

Durch die Infuzenza wird eine Revolution in unserm Körper hervorgerufen, um mit Gewalt die schlechten Stoffe, die sich angesammelt haben, herauszuführen. Einen hohen Prozentsatz stellen die Wagenstiller bei Rheumatismus und Gicht. Begünstigt wird dieses durch das Arbeiten in Remisen, offenen Schuppen und zugigen Köfen. Hier ist es mehr die Zugluft, welche die genannten Krankheiten hervorruft. Auch die Verkalkung ist in dieser Berufsgruppe vertreten, besonders wo die Sattler als Lackierer mitarbeiten.

An Hals-, Naden-, Kehlkopf- und Luftröhrenentzündung sind 92 Fälle zu verzeichnen. Auch auf diese Organe wirkt der Staub ein. Wir haben in unserm Beruf mit organischen, das heißt mit pflanzlichen und tierischem Staub zu rechnen. Der organische Staub führt deswegen leicht zur Erkrankung der Atmungsorgane, weil er durch seine Leichtigkeit besser in die Luft gewirbelt wird. Ferner sind ihm eine Menge von Krankheitskeimern beigemengt. Plötzliche Veränderung der Lufttemperatur gibt auch Veranlassung zu derartigen Krankheiten. In vielen größeren Werkstätten befindet sich Dampfheizung. Ein großer Teil der Gehäusen arbeitet in Alford. Wegen Feuerbrand wird oftmals die Arbeitsleistung bis zum Höchstmaß gesteigert. Erhitzt und in Schwitz gebadet, treten die Arbeiter aus der heißen Betriebsluft hinaus, in die rauhe, kalte Winterluft. Eine Erkältung der Atmungsorgane tritt ein, welche wiederum zu Entzündungen führt.

Einige Worte noch zu den Wunden und Verletzungen. Diese weisen 78 Fälle auf. Unser Beruf ist nicht so schweren Unfällen ausgesetzt, wie der der Maschinen-, Bau- oder Bergarbeiter. Es kommt ja vor, daß Gehäusen in die Fesseln und Stangen geraten. Hauptsächlich haben wir mit Stieh- oder Schnittwunden zu tun. Erfolge führen sehr oft zu Blutvergiftungen. Bei derartigen Verletzungen wäscht man die Wunde sofort aus und verbindet sie reinlich.

Auch unsere Arbeitsprodukte geben mitunter zu Erkrankungen Anlaß. Wir sind Fälle bekannt, wo Gehäusen kurz hintereinander nach dem Gebrauch von Lederhandschuhen, Fingerringen belamen. Die Belastung von dünn gefärbtem Leder, von den verschiedenen Tuchen und Stoffen, von Tapeten kann zu Blutvergiftungen führen, wenn auch eine noch so kleine Wunde vorhanden ist. Eine gewisse Vorsicht ist immer angebracht.

Die Gehäusen haben alle Ursache, sich mehr mit den Krankheitsverhältnissen in unserm Beruf zu befassen. Der Verband ist der einzige Faktor, durch den die ungünstigen Verhältnisse beseitigt werden können. Die nichtorganisierten Kollegen tragen mit Schuld an diesen Zuständen. Durch ihr Zerstreiben verhindern sie, daß hygienische Verbesserungen durchgeführt werden. Die Beseitigung der Mißstände kann nur das Werk der Gehäusen selbst sein. Schließe sich darum ein jeder Kollege dem Verbands an.

S. D. u. f. d.

Streiks und Lohnbewegungen.

München. Der „Münchener Post“ entnehmen wir folgende Notiz: „Tarifabschluß im Textilriemengewerbe. Zwischen dem Sattlerverband, vertreten durch dessen Vorsitzenden Müller, und den Lederfabrikanten Schmitt, Danziger (Hilma Paulsen) und Wandelbaum wurde gestern unter dem Vorbehalt des Gewerkeleiters Dr. Gehler ein Tarifvertrag abgeschlossen, der u. a. folgende Bestimmungen enthält: Die tägliche Arbeitszeit beträgt 9 Stunden; sie beginnt morgens 7 Uhr und endet abends 6 Uhr mit einer 1 1/2 stündigen Mittagspause und je einer 1/2 stündigen Frühstücks- und Vesperpause. An Wochenendtagen ist um 5 Uhr, an den Vorabenden vor Ostern, Pfingsten, Weihnachten und Neujahr um 4 Uhr Arbeitschluß ohne Lohnabzug. Der Min-

desttagelohn beträgt 4.20 Mk. Die bisherigen Löhne von 1 Mk. werden auf 4.30, 4.00 und 4.50 Mk. erhöht. Diese Löhne erhöhen sich ab 1. Mai 1909 und 1. Mai 1910 um je 10 Pf. Aufbesserungen, die nach dem 1. März erfolgt sind, werden angerechnet. Für Arbeiter außer der Werkstätte werden innerhalb des Fertigungsens 5 Pf. pro Stunde bezahlt. Für Arbeiten außerhalb des Fertigungsens werden jedem Arbeiter Jahrgeld und Nachttagler vergütet, dazu kommt ein Tagelohn von 3.20 Mk. das auch an Sonn- oder Feiertagen gewährt wird. Die Fahrzeit ist als Arbeitszeit zu betrachten, wenn sie in die gewöhnliche Arbeitszeit fällt. Alle übrigen Fahr- und Wartezeiten werden zu einfachem Stundenlohn berechnet. Bei Einstellung von Arbeitern ist zunächst der Arbeitsnachweis der Organisation zu denken. Das Werkzeug ist vom Arbeitgeber zu stellen. Der 1. Mai gilt als nichtgeschäftlicher Feiertag. Dieser Vertrag tritt mit dem 1. Mai 1908 in Kraft und dauert bis 1. Mai 1911.“

Lauterbach i. Erga. Die gegenwärtige wirtschaftliche Krisis veranlaßte die Firma Schönherr in Lauterbach, den Hungerlohn ihrer Kofferbauer noch mehr herabzubringen. Mit dem faulen Hinweis, daß in Dresden die Fabrikanten nicht soviel bezahlen, begründete sie ihr Vorgehen. Es wurde für Forderungen und Streichen ein Abzug von 15 Pf. pro Koffer vorgenommen. Der Kollege, welcher diese Arbeit verrichtete, ließ sich den Abzug nicht gefallen und wurde gekündigt. Die Kollegen erklärten sich mit ihm solidarisch und verweigerten die Ausführung der Arbeit für den herabgesetzten Lohn. In Anwesenheit des Geschäftlers wurde beschlossen, die Arbeit nicht einzustellen, sondern nur den passiven Widerstand fortzusetzen.

Von dieser Sitzung hatte der Fabrikant Kenntnis erhalten. Mit den Worten: „Ich habe es satt mit dem Verband; bei jeder Kleinigkeit so einen Wert herkommen zu lassen und mich zum Gericht zu halten. Ich kündige Euch hiermit. Das eine will ich Abnen noch sagen, schicken Sie mir niemanden her, auch ich ihre Korrespondenz zweifels. Auch würde ich Sie nicht behalten, wenn Sie schon aus dem Verband austreten wollten. Es ist gut, Sie können gehen.“ wurde drei Kollegen gekündigt. Dann ließ er die anderen 5 Kollegen hereinkommen und sagte: „Entweder aus dem Verband austreten oder Feuerabend!“ Nach kurzem Wortgefecht wählten diese das letztere und kündigten.

Am Freitag, den 10. April, lief die Kündigung ab. Vom Geschäftler wurde noch einmal der Versuch gemacht, eine Verständigung herbeizuführen, jedoch vergeblich. Mit der Entgegnung: „Wir lassen uns auf nichts ein, verlassen Sie uns!“ wurde er abgewiesen.

Den Schatzmachern in der Großindustrie will diese Firma in nichts nachstehen. So hat sie an sämtliche Unternehmer der ganzen Umgebung schwarze Listen mit den Namen der Streikenden geschickt, also eine Berufserklärung in schriftlicher Weise vorgenommen. Der ganze Kampf hat sich jetzt zu einer Wadprobe gestaltet. „Wir wollen doch mal sehen, wer härter ist, ich oder die.“ sagte Schönherr in einer Fabrikbesichtigung zu den Volkarbeitern. Auch diese forderte er auf, aus dem Verbande auszutreten, anderenfalls fliegen sie hinaus. Es sei ganz egal, ob sie 25 oder 30 Jahre im Betriebe arbeiten; und wenn die ganze Fabrik leer stände.

Von den Unternehmern scheint die Firma noch recht stark gemacht zu sein. Soweit diese der Metallindustrie angehören, haben sie auch ein Interesse, um die Kundschaft der Firma zu puffieren.

Am Mittwoch, den 25. April werden wir in Lauterbach eine öffentliche Einwohnerversammlung abhalten, um die Firma dadurch zu ernüchtern.

Der Geist unter den Kollegen ist ein guter. Wenn es gelingt, den Bezug fernzuhalten, muß die Firma nachgeben. Unter der Parole: „Alle oder keiner in den Betrieb zurück.“ haben die Kollegen den Kampf aufgenommen und werden ihn durchführen.

Sattlerstreik in Kristiania. Wir erhielten durch unseren langjährigen Freund, Kollegen Rothaupt, folgende Zuschrift:

„Am 5. Januar kündigten wir den zwischen Weistern und Gehäusen vereinbarten Tarif von 1908 mit 8 Monaten Kündigung.“

In der Zwischenzeit (5. Januar bis 4. April) wurden Verhandlungen zwischen Weistern und Gehäusen geführt, welche jedoch sowohl von den ersteren als auch von unserem Verein verworfen wurden. Unsere Forderungen sind u. a.: Für Lehrlinge das erste Jahr 7 Kr., im zweiten 8, im dritten 9 und im vierten Jahr 10 Kronen pro Woche. (Die Krone hat 100 Öere oder 1,16 Mk. deutscher Währung.)

Nach beendeter Lehrzeit die beiden ersten Jahre 36 Öere pro Stunde; danach ein garantierter Minimallohn von 45 Öere pro Stunde.

Arbeitszeit 5 1/2 Stunden pro Woche mit Schlaf- und Heberstunden von 25 bis 40 Öere pro Stunde.

Also sehr humane Forderungen; überhaupt wenn man in Betracht zieht, daß die Lebensmittel und alles sonstige in den letzten Jahren sehr gestiegen sind. Da wir nun bis zum 4. April auf keiner Einigung mit den Weistern gekommen sind, leiten sämtliche 61 Kollegen die Arbeit nieder.

Am ganzen haben wir es mit 25 Weistern, darunter ein Teil sogenannter „Nachstuhl- oder Kellerarbeiter“ zu tun. Von diesen 25 gehören 10 dem norwegischen „Arbeitsgewerkschaft“ an. Anfanglich hatten wir nur die Privatmeister im Auge, haben jedoch, gestärkt durch unsere gute Organisation, am Klage beschlossen, auch die Lederfabriken und Portefeuillesfabriken einer Revision zu unterziehen; denn gerade in den letzteren existieren zum Teil Löhne, welche es dem Arbeiter unmöglich machen, als Mensch zu leben.

Da wir nun alles daransetzen, unsere Forderungen in allen Werkstätten und Fabriken durchzuführen, es jedoch nicht ausgeschlossen ist, daß versucht wird, Leute von Deutschland durch falsche Versprechungen herüber zu locken, so bitten wir, jeden Zugang bis auf weiteres fernzuhalten und alle derartigen Versuche uns mitzuteilen.

Über den weiteren Ausgang des Streiks wird später berichtet werden. — Außer in Kristiania stehen zurzeit unsere Kollegen in Bergen und Trammem im Streik.

Mit toll. Gruß

Am Auftrage des Sattlervereins und Streikkomitees, Ernst Rothaupt, Olaf Anes Glads 8, Kristiania, Norwegen.“

Rundschau.

Das Zentralwahlkomitee der preussischen Sozialdemokratie veröffentlicht einen Aufruf, dem wir das Nachstehende entnehmen: Am 3. Juni d. J. finden die Wahlen und am 16. Juni die Abgeordnetenwahlen für das preussische Dreiklassenparlament statt. Entsprechend den Beschlüssen des Rautinger Parteitagges hat sich die Partei mit allen Kräften an den Landtagswahlen zu beteiligen. Die Partei hat in erster Linie durch möglichst harte Wahlbeteiligung Protest zu erheben gegen ein Wahlsystem, das eine Schande für einen Staat ist, der ein Kulturstaat sein will. Jede Stimme mehr, die für uns abgegeben wird, steigert die Wucht des Protestes! Aber nicht allein Protest gilt es zu erheben. So ungünstig auch die Kampfbedingungen für uns sind, so muß es uns doch bei äußerster Entschlossenheit und Kraft gelingen, endlich dem preussischen Protektariat die Tore des Landtages zu öffnen! Zugleich soll dieser Kampf aller Welt die schamvolle Ungerechtigkeit zeigen, die 85 Proz. der Wähler in die dritte Klasse schleudert und sie zugunsten der 15 Proz. Wähler der beiden ersten Klassen entrechtet. Ein billigerer Lohn auf die Gleichheit der staatsbürgerlichen Rechte ist nicht möglich. Dem Volke muß die Werthlosigkeit dieses Scheinwahlrechts zum Bewußtsein gebracht werden, um seine Erbitterung und Empörung gegen das bestehende Wahlrecht zu entfachen. Es muß ein System haßen lernen, das mehr als vier Fünftel der Wähler zu politischen Selosten degradiert. Es handelt sich für die große Masse des Volkes und insbesondere für die preussische Arbeiterklasse um die Eroberung des allgemeinen, direkten und geheimen Wahlrechts für alle über 20 Jahre alten Staatsbürger ohne Unterschied des Geschlechtes auf Grund der Verhältniswahl. Die Arbeiterklasse ist an der Eroberung des allgemeinen, direkten und geheimen Wahlrechts um so stärker interessiert, da die Aufgaben, mit denen der Landtag sich zu beschäftigen hat, ihre wichtigsten Lebensinteressen betreffen. Zu diesen Aufgaben gehören unter anderen: Die Steuererhebung für Staat und Gemeinde; die Regelung des gesamten Erziehungswesens von der Volksschule bis zu den Hochschulen; die Stellung der Schule zu Staat und Kirche; das Polizei- und Justizwesen; das große Gebiet der Agrarverfassung; das gesamte Verkehrswesen: Eisenbahnen, Flußregulierung, Kanalarbau, Wegbau; das Armen- und Waisenwesen; das Gesundheitswesen; die Gemeindeverfassung; die Kontrolle über die gesamte Staatsverwaltung und die Lohn-, Gehalts- und Arbeitsbedingungen der vielen Hunderttausende von Beamten und Arbeitern in den Staatsbetrieben, Eisenbahnen, Bergwerken, Salinen, Holz- und Wasserwirtschaft, Straßenbau usw. Die Kontrolle und die Kritik an allen diesen Gebieten, die Tätigkeit für die Beseitigung vorhandener Uebel und Mißstände, die Arbeit für die Verbesserung der Verhältnisse, die selbstverständlich nur im Sinne des sozialdemokratischen Parteiprogramms zu üben ist, eröffnet der Tätigkeit sozialdemokratischer Abgeordneter ein weites Feld. — Auch wir möchten unsere preussischen Kollegen dringend ersuchen, im bevorstehenden Wahlkampf ihren Mann zu stehen und sich mit ganzer Kraft an den notwendigen Arbeiten zu beteiligen.

Korrespondenzen.

Gassel. (E. 7. 1.) Endlich scheint es in den Köpfen unserer hiesigen Kollegen zu erwachen...

Nach dem Schlusswort des Kollegen Schneider wurde folgende Resolution angenommen: Die heutige im Gewerkschaftshaus tagende öffentliche Sattlerversammlung...

Leipzig. (E. 15. 1.) Freitag, den 10. April, sagte unsere regelmäßige Mitgliederversammlung im 'Volkshaus'...

Krefeld. (E. 16. 4.) Nach einer umfangreichen Agitation fand am Sonntag, den 5. April, im Saale des Herrn Steinbach, Weimwall, eine öffentliche Versammlung der vereinigten Lokalfassungen...

gegenseitig unterbieten. Kollege Koch bemerkte, daß in hiesiger Stadt in unserem Verufe schänderhafte Löhne gezahlt würden...

Bautzen. (E. 18. 4.) Am 15. d. M. tagte hier eine Versammlung, in welcher Kollege Wulch aus Leipzig über 'Die Arbeitgeberorganisationen' referierte.

In den Köpfen der Leunertischen Gewerksattler scheint es nun endlich einmal Licht zu werden, indem sich 2 Kollegen aufnehmen ließen...

Berlin. (E. 20. 1.) Am 16. d. M. fand unsere Generalversammlung statt. Der Kassierer Wehber wies in seinem Bericht über das 1. Quartal 1908 auf die wachsende Arbeitslosigkeit...

Der Versammlung lag ein Antrag der Vertrauensmännerversammlung vom 27. März vor, um die Finanzen der Lokalfasse zu verbessern.

Zum 4. Punkt der Tagesordnung, der Stellungnahme zum 1. Mai, hielt der Vorsitzende Ernst Schulze eine längere Ansprache...

'Kollegen! Kolleginnen! Mit Stolz können wir zurückblicken auf die Maiveranstaltungen früherer Jahre; imposante Kundgebungen waren es, die jedermanns Achtung herausforderten.

von uns muß dafür eintreten, daß an diesem Tage die Arbeit ruht, denn die vornehmste Pflicht des Tages besteht in freier durchgeführter Arbeit...

Ein Anschließungsantrag gegen sieben Mitglieder, die gegen bestimmte Beschlüsse der Organisation in bezug auf die Akkordarbeiten gehandelt hatten, wurde angenommen.

Bekanntmachungen der Hauptverwaltung.

Von dem kaiserl. Statistischen Amt werden wir ersucht, sämtliche Tarifverträge, welche im Jahre 1907 abgeschlossen wurden...

Wir ersuchen daher die Ortsvorstände, von allen Tarifverträgen, welche im Jahre 1907 abgeschlossen wurden...

Das Mitgliedsbuch für Otto Nothe, Nr. 1019, desgl. die Mitgliedskarte für Wilh. Goldenberg, Nr. 2357, beide in Leipzig...

Folgende Verwaltungsstellen haben es bis zum Redaktionschluss noch nicht möglich machen können, die Abrechnung einzuliefern...

Der Vorstand.

Eingänge im Monat März 1908:

Eintrittsgelder der Einzelmitglieder: Karte Nr. 5669, 5670, 5791, 5793. Summa 2.-- M.

Table with columns: Beiträger der Einzelmitglieder, Buch-Nr., M., Buch-Nr., M., Buch-Nr., M., Buch-Nr., M. Lists names and amounts.

Extrabeiträge der Einzelmitglieder:

Table with columns: Buch-Nr., M., Buch-Nr., M., Buch-Nr., M., Buch-Nr., M. Lists names and amounts.

Einsendungen der Verwaltungsstellen:

Dresden 700.- Mk.
Obige Zahlen bitte ich sorgfältig zu prüfen und etwaige Einwendungen umgehend an mich zu richten.
Mit kollegialem Gruß,
Fritz Müntner, Hauptkassierer.
Berlin SO. 16, Albalberstr. 56.

Gau Breslau.

Das Mitglied August Werner, Buch Nr. 565, wird aufgefordert, seine Adresse an Paul Partsch, Breslau, Kaufstr. 23, anzugeben behufs Regelung eines geschäftlichen Verlebens.

Gau Cöln.

Für den Gau Köln, insbesondere für Rheinland und Westfalen, ist ein Arbeitsnachweis erdichtet worden.

Kollegen, die gewillt sind, hier Arbeit zu nehmen, werden ersucht, sich an die Gauleitung (Adresse: Carl Schneider, Köln-Chrenfeld, Aufbaumercstr. 329) zu wenden, da diese zugleich als Vermittlungszentrale gilt.

Bei Arbeitsangeboten im „Deutschen Arbeitsmarkt“ (Erscheinungsort Essen a. Ruhr) wolle man vorsichtig sein.

Die Gauleitung, F. A. A. Schneider.

Sterbetafel.

Berlin. Johann Brandt, 41 Jahre alt.
Düsseldorf. Franz Patloska, 43 Jahre alt.
Ehre ihrem Andenken!

Bücherschau.

Im Verlage der Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, ist soeben eine Broschüre: **Die preussischen Landtagswahlen** von Dr. Leo Arons, erschienen. Genosse Arons gibt in derselben einen Ueberblick über die wichtigsten Eigentümlichkeiten des preussischen Wahlrechts, sowie eine übersichtliche Zusammenstellung der gesetzlichen Bestimmungen. Ein Anhang legt die Aufgaben dar für die sozialdemokratischen Vertreter in den Gemeindebehörden für die bevorstehenden Wahlen. Die Broschüre ist zum Preise von 20 Pf. durch alle Parteibuchhandlungen und Kolporture zu beziehen.

Im gleichen Verlage erschien: **„Die Wahlrechtsreform im Dreiklassenparlament“**. Diese Broschüre enthält die Verhandlungen des Abgeordnetenhauses vom 10. Januar 1908, über den freimüthigen Antrag auf Aenderung des Wahlrechts für den preussischen Landtag und Neueinteilung der Wahlkreise.

Zu einem ausführlichen Vorwort wird die Unrichtigkeit der bei dieser Gelegenheit vom preussischen Ministerpräsidenten Fürst Bülow aufgestellten Behauptungen nachgewiesen. Die Verhandlungen enthalten die Reden nach den stenographischen Berichten und bieten dadurch eine wertvolle Unterstützung bei der bevorstehenden Wahlagitation. Der Preis dieser Broschüre beträgt 50 Pf.

Ferner erschien im selben Verlage: **Der preussische Landtag** — Ein Handbuch für sozialdemokratische Landtagswähler. Herausgegeben von Paul Dietz.

Eine vollständige Darstellung der preussischen Zustände. Das Buch ist für jeden, der die preussische Reaktion auf allen Gebieten der Gesetzgebung und Verwaltung kennen lernen will, von außerordentlichem Wert. Auch für Nichtpreußen ist die Kenntnis dieser Materie von Wichtigkeit, da die preussische Reaktion eine Gefahr für das ganze übrige Deutschland bedeutet. Wer sie bekämpfen will, muß sie kennen lernen. Der Preis des Buches ist broschiert 5 Mk., gebunden 6 Mk.

Im Verlage der Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, erschien soeben eine Neuauflage von Lassalle's berühmter Schrift: **„Die Wissenschaft und die Arbeiter“**. Der Herausgeber, Genosse Eduard Bernstein, widmet dieser Neuauflage eine Vorbemerkung, in der er die geschichtlichen Unterlagen der Lassalle'schen Ausführungen darlegt. Lassalle beabsichtigte durch diese Arbeit seine Gedanken über die Bedeutung der Wissenschaft für die Arbeiterklasse der Neuzeit in programmatischen Sätzen niederzulegen und damit das Verständnis für die von ihm erstrebte selbständige Arbeiterpartei zu fördern. Zu beziehen ist die Broschüre zum Preise von 1 Mk. durch alle Parteibuchhandlungen und Kolporture. Die Vollausgabe kostet 40 Pf.

Parvus, Das Proletariat und die kapitalistische Produktion. Die Buchhandlung Vorwärts gibt, wie unseren Lesern bekannt ist, unter dem gemeinsamen Titel „Der Klassenkampf des Proletariats“ eine Serie aufklärender Broschüren über Ziele und Entwicklungstendenzen der Sozialdemokratie und

der Gewerkschaften heraus, verfaßt vom Genossen Parvus. Die erste Broschüre „Der gewerkschaftliche Kampf“ fand in Arbeiterkreisen eine überaus günstige Aufnahme. Sie ist bereits in zweiter Auflage erschienen. Die uns jetzt vorliegende, oben angezeigte zweite Produktion behandelt die wirtschaftliche Massenstellung des Proletariats. Der kapitalistische Ausbeutungsprozeß wird aufgedeckt. Der Verfasser begnügt sich aber nicht damit allein; das Hauptproblem, welches er sich stellt, ist vielmehr, zu zeigen, wie sich die Schicksale der Arbeitermassen innerhalb der kapitalistischen Produktionsentwicklung des 20. Jahrhunderts gestalten. Es wird die Industrialisierung Amerikas und ihre Rückwirkung auf die Arbeiterverhältnisse in Europa erläutert, das Aufkommen einer asiatischen Industrie nebst Aufzählung der kapitalistischen Kolonialpolitik mit besonderer Berücksichtigung der deutschen Kolonien, die Revolution in der Technik, auch politische Umgestaltungen, die auf die wirtschaftliche Entwicklung Europas zurückwirken, wie z. B. die russische Revolution u. a. m. Aus dieser Inhaltsübersicht kann sich der Leser eine Vorstellung bilden über die Reichhaltigkeit des behandelten Stoffes. Der Preis für das zweite Heft beträgt 30 Pf. Es ist in jeder Parteibuchhandlung zu haben.

Im Verlage von J. H. D. Dieck Nachf. in Stuttgart ist soeben erschienen: **Sozialismus und Demokratie in der großen englischen Revolution.** Von Ed. Bernstein. Zweite, durchgesehene, vermehrte und illustrierte Ausgabe. XVI und 367 Seiten. Preis broschiert 3,50 Mk., gebunden 4 Mk. Diese Arbeit erschien in ihrer ersten Gestalt als Teil der von Bernstein, Kautsky, Mehring und anderen herausgegebenen Geschichte des Sozialismus in Einzeldarstellungen. Das Gesamtwert ist längst

vergriffen und wird als solches in neuen Auflagen nicht erscheinen, sondern in einzelne Bände zerlegt werden, wie es bereits mit Mehrings Geschichte der deutschen Sozialdemokratie geschehen ist. Im vorliegenden Band unterbreiten wir Bernstein's Wert, das verbessert, wesentlich vermehrt und mit einigen Illustrationen ausgestattet worden ist, der inzwischen heranwachsenden jüngeren Generation. Sie lernen daraus die Triebkräfte der großen englischen Revolution kennen und gewinnen einen tiefen Einblick in das Wesen der Volkskämpfe während dieser Epoche, die auf die politische und wirtschaftliche Entwicklung Englands einen außerordentlich großen Einfluß gehabt haben.

Adressenänderungen.

Braunschweig. K. W. Schulz, Faltersleberstr. 27 11.
Dresden. R. U. und A. N. Nigenbergerstr. 2, Zimmer 13, abends von 6 1/2 - 7 1/2 Uhr.
Duisburg. B. Johann Hüller, Neue Weicelersstr. 94.
Krefeld. K. Walter Auh, V. Westwall.
Potsdam. R. U. bei Fr. Kühne, Kaiser Wilhelmstr. 56. 12 - 4 und 6 - 7 Uhr.
Gau Königsberg. Fr. Donalies, Lehstr. 3 11.
Kassel. B. Emil Kobl, Schillstr. 14.
Mühlhausen i. Th. B. Fritz Müller, Kräutlerstr. 23 11.
R. U. bei M. Janke, Rosenstr. 121. 12 - 4 und 7 - 8 Uhr.

Redaktionschluss für die nächste Nummer Sonnabend, den 2. Mai.



Anzeigen

Bekanntmachung der Ortsverwaltung Dresden.

Der Arbeitsnachweis befindet sich jetzt im „Volkshaus“, Nigenbergerstr. 2, Zimmer 13, abends von 6 1/2 - 7 1/2 Uhr. Vom 1. April wird die Heimunterstützung auch daselbst zur selben Zeit ausbezahlt. Die Sprechstunden des Vertrauensmannes finden an den Wochentagen mit Ausnahme vom Dienstag und Donnerstag, abends von 7 - 8 Uhr, und Sonntags von 10 bis 11 Uhr statt.

Zentral-Kranken- u. Begräbniskasse der Sattler und verwandten Berufsgenossen Deutschlands „Hoffnung“ G. S. 64.

Verwaltungsstelle Berlin.
Sonnabend, den 2. Mai 1908, abends 9 Uhr, im Lokal von G. Weihnacht, Grünstr. 21

Quartals-Verammlung.

Tages-Ordnung:

- 1. Abrechnung vom 1. Quartal 1908.
 - 2. Verschiedenes.
- Zahlreiches Erscheinen der Mitglieder erwartet
Der Vorstand.

Orts-Krankenkasse der Sattler und verwandten Gewerbe zu Berlin.

Dienstag, den 24. April 1908, abends 8 1/2 Uhr:

Ordentl. General-Versammlung
der gewählten Vertreter d. Klassenmitglieder u. Arbeitgeber im „Gewerkschaftshaus“, Saal I, Engel-Platz 15.

Tagesordnung:

- 1. Bericht des Vorstandes über das verfloßene Geschäftsjahr;
- 2. Bericht des Rechnungsanschlusses und Abnahme der Jahresrechnung;
- 3. Verschiedenes.

Nur die mit Delegiertenkarte eventl. Mitgliedskarte versehenen Delegierten haben Zutritt.

NB. Beisitzenden der Mitglieder, wozu die Einsichtnahme der Bücher notwendig ist, sind 3 Tage vorher schriftlich beim Vorstände einzuzureichen.

Nur pünktliches und zahlreiches Erscheinen ersucht
Der Vorstand.

Gustav Sänger, Vor. Paul Schulz, Schriftf.

Perfekte Sattelmacher
für sofort gesucht.
Rudolf Guillaume,
Stahlbaum-Sattelfabrik,
Kalk b. Cöln.

Sattler für Riemenreparatur gesucht.
Henschel & Sohn,
Abt. Heinrichshütte.
Heinrichshütte, Post Kattungen-Ruhr.

Ia. Sattlerwerkzeug! Blanchard - Paris, engl. Ahlson usw.
in großer Auswahl. Versand nach außerhalb.
Preisliste gratis und franko.
Ebeling & Dühlmeyer, Silberfeld, Bachstr. 78.
Spezialität: Ia. Sattlerwerkzeuge.

Slomke's Städtebuch
Reiseführer durch Deutschland und angrenz. Länder mit Eisenbahn- und Begehrte, 856 S., geb. 1,20 Mk. In allen Buchhandl. zu haben od. geg. Einsend. v. 1,40 Mk. b. G. Slomke, Bielefeld.

Verkaufe krankheitsshalber meine seit 15 Jahren bestehende

Sattlerei u. Möbelgeschäft

mit neuem massiven Gebäude in großem zukunftsreichen Dorfe (Eisenbahnknotenpunkt, viel Beamte und Landwirtschaft) im Regierungsbezirk Magdeburg. Einziges am Plage. Forderung ca. 25 000 Mk. Anzahlung ca. 8 000 Mk.

Gefällige Offerten erbeten sub D. D. 557 an Haasenstein & Vogler A. G. Magdeburg.